

Das entwicklungspolitisch-militärische Verhältnis: Der Beginn einer neuen Allianz?

- Aufgrund der zunehmenden Bedeutung militärischer Interventionen in Krisen- und Konfliktsituationen und anderer sicherheitspolitischer Herausforderungen nehmen die Berührungspunkte zwischen entwicklungspolitischen und militärischen Akteuren zu.
- Es lassen sich vier Schnittstellenbereiche zwischen Entwicklungspolitik und Militär unterscheiden: (1) Sicherheit und Stabilität als Rahmenbedingung für Entwicklungspolitik, (2) gemeinsame strategische Planung und Konzeption (etwa institutionelle Mechanismen wie der Bundessicherheitsrat, in dem das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) vertreten ist, sowie ressortübergreifende Länderstrategien), (3) die Finanzierung nichtziviler Maßnahmen durch Mittel der Entwicklungspolitik (etwa Verwendung von Ressourcen des Europäischen Entwicklungsfonds für die Peace Facility for Africa) sowie die Finanzierung von zivilen Maßnahmen, die vom Militär durchgeführt werden, und (4) Schnittstellen beim operativen Vorgehen (z.B. das ressortübergreifende Vorgehen bei der Unterstützung des Kofi Annan International Peacekeeping Training Center in Ghana oder beim Wiederaufbau im afghanischen Kunduz).
- Während verschiedene dieser Berührungspunkte zwischen Entwicklungspolitik und Militär auch im Sinne eines gesamtpolitisch kohärenteren Vorgehens zu begrüßen sind, lassen sich daneben jedoch sensible Bereiche identifizieren, die die Gefahr einer Instrumentalisierung von Entwicklungspolitik und die Verwischung von Kompetenzbereichen implizieren. Dazu gehört z.B. die Unterordnung der Entwicklungspolitik unter militärstrategische Gesichtspunkte (wie bei den US-Wiederaufbauteams in Afghanistan) oder die entwicklungspolitische Finanzierung von Militäreinsätzen.
- Entwicklungspolitik hat ein strategisches Interesse an der Gestaltung der Schnittstellen mit anderen außenorientierten Politikbereichen, einschließlich der Sicherheitspolitik. Eine Positionsbestimmung im Hinblick darauf, welchen Charakter diese Gestaltung annehmen soll und kann, ist daher eine entscheidende Aufgabe.
- Die Entwicklungspolitik verfügt bei der Ausgestaltung des entwicklungspolitisch-militärischen Verhältnisses über drei Handlungsoptionen: Distanz (Meidung direkter Kontakte zu militärischen Akteuren), Kooperation (gemeinsames Vorgehen) und Komplementarität (ergänzendes Vorgehen). Der Nutzen der Handlungsoptionen hängt von den jeweiligen Fallbedingungen ab, sollte sich angesichts der Sensibilität des entwicklungspolitisch-militärischen Verhältnisses jedoch grundsätzlich zunächst an einer Strategie der Komplementarität orientieren, bei der auf der Basis von gemeinsam getroffenen Zielübereinstimmungen in ausgewählten Bereichen ein ergänzendes Vorgehen der Akteure angestrebt wird.
- Für die Entwicklungspolitik kommt es darauf an, zukünftig die Möglichkeiten der entwicklungspolitisch-militärischen Kommunikation etwa durch Personalaustausch intensiver zu nutzen und auf vermehrte gemeinsame Länder- und Regionalstrategien der Bundesregierung hinzuwirken, bei denen entwicklungspolitische Gesichtspunkte auch bei sicherheitspolitischen Anliegen ein größeres Gewicht erhalten.

Hintergrund und Ausgangsbedingungen

„Keine Entwicklung ohne Sicherheit“ wird immer mehr zu einem entwicklungspolitischen Paradigma, das neue Handlungsweisen in der Entwicklungspolitik erforderlich macht. In Deutschland und bei anderen Gebern gab es in der Vergangenheit eine erkennbare Distanz zwischen entwicklungspolitischen und militärischen Akteuren und ihren Aufgaben. Diese Distanz hat sich in den vergangenen Jahren rasch verringert. Die damit verbundenen Konsequenzen sind allerdings noch nicht ausreichend reflektiert und diskutiert worden.

Das sich wandelnde Verhältnis von Entwicklungspolitik und Militär gerät aus mehreren Gründen ins Blickfeld:

1. Es gibt eine Reihe „lang anhaltender Nachkriegssituationen“ (*protracted crises*), die de facto durch treuhänderische Herrschaftsverhältnisse – und damit über militärische Aufgaben hinausgehende Funktionen – charakterisiert sind (z.B. Kosovo, Afghanistan, Irak). Hier geht es häufig um Stabilisierungsanstrengungen im Hinblick auf die fragile Sicherheit, Bemühungen um die Wiederherstellung von effektiver Staatlichkeit sowie den wirt-

schaftlichen und gesellschaftlichen Wiederaufbau. Internationale Friedensmissionen sind in diesem Zusammenhang zu einem erheblichen und zunehmenden Teil mit *Nation-building*-Aufgaben betraut.

2. Entwicklungspolitik möchte stärker konstruktiven Einfluss auf Post-Konflikt-Situationen nehmen und erwartet zum Teil sogar Beiträge der Sicherheitspolitik oder befürwortet bzw. fordert militärisches Eingreifen. So rief beispielsweise die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur Entsendung von Friedenstruppen nach Liberia auf (August 2003). Und in Afghanistan tätige internationale Nichtregierungsorganisationen haben in einem Appell eine Ausweitung des ISAF (*International Security Assistance Force*)-Mandats gefordert (2003).

Die Weltbank-Analyse „*Breaking the Conflict Trap*“ (Collier et al., 2003) belegt das enge Wechselverhältnis von entwicklungspolitischem und militärischem Engagement. Der Bericht geht sogar davon aus, dass Entwicklungspolitik Risiken in Post-Konflikt-Situationen in einem Umfang vermindern helfen kann, der eine Verringerung von Militärpräsenz erlaubt.

3. Andere Politikfelder, v.a. Außen- und Sicherheitspolitik, erwarten und fordern in zunehmendem Maße die aktive Beteiligung der Entwicklungspolitik in Post-Konflikt-Situationen. Die Begründung liefern die Erfahrungen früherer Militäreinsätze: „Bei nahezu allen größeren Einsätzen ist auf militärische Effizienz ziviles Chaos gefolgt“, heißt es in der vom Hohen Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) vorbereiteten Europäischen Sicherheitsstrategie (ESS).
4. Schließlich rückt aufgrund der zunehmenden Zahl von Auslandseinsätzen, in denen die Bundeswehr unmittelbar involviert ist, das gesamte Spektrum deutscher Politiken und ihrer Handlungsmöglichkeiten ins Blickfeld.

Afghanistan, der Balkan, Liberia und für verschiedene Geber auch der Irak sind aktuelle Fallbeispiele für diese Trends.

Legitimität von militärischen Einsätzen als Voraussetzung für Entwicklungspolitik in Post-Konflikt-Situationen

Für die Entwicklungspolitik sollten grundsätzlich die Legitimität und das völkerrechtliche Mandat außer Frage stehen, bevor im Zusammenhang mit militärischen Einsätzen eine Beteiligung am Wiederaufbau erfolgt. Internationale Friedensmissionen werden im Rahmen von *Peace-support-and-governance*-Operationen und multidimensionalen Missionen zunehmend mit zivilen *Nation-building*-Aufgaben betraut. Die Notwendigkeit von mandatierten militärischen Einsätzen zu diesem Zweck wird heute überwiegend anerkannt. Strittig diskutiert und vielfach abgelehnt werden allerdings präemptive Interventionen und andere Militäraktionen, die ohne ausreichendes Mandat erfolgen und daher völkerrechtlich nicht ausreichend legitimiert sind, wie z.B. die Militärintervention im Irak im Jahr 2003.

Sichtweise verschiedener Akteure

Nationale Faktoren wie die Nähe bzw. Distanz der Entwicklungspolitik zur Außenpolitik, der Anteil der Humanitären Hilfe bzw. Nothilfe an der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) sowie die Tradition und Erfahrung mit Interventionen des jeweiligen Militärs beeinflussen das entwicklungspolitisch-militärische Verhältnis.

Eine engere Kooperation der Akteure birgt aus *entwicklungspolitischer Sicht* vor allem das erhebliche Risiko, kurzfristigen militärischen Strategien untergeordnet zu werden. Chancen bieten sich jedoch u.a. durch einen verstärkten Einfluss der Entwicklungspolitik auf gesamtpolitisches Handeln sowie durch eine verbesserte Sicherheitslage als Rahmenbedingung etwa für den zivilen Wiederaufbau im jeweiligen Land.

Das Militär ist im Bereich der neuen Friedensmissionen wie auf dem Balkan und in Afghanistan zunehmend selbst in die Durchführung genuin ziviler Aufgaben involviert. Im Rahmen der Konzeption „Zivil-Militärische Zusammenarbeit“ (ZMZ) der Bundeswehr bzw. CIMIC (*civil-military cooperation*) im NATO-Raum führt das Militär strategisch (im Sinne von *force protection*) und routinemäßig zivile Wiederaufbauprojekte durch, die in den entwicklungspolitischen Bereich hinein wirken. Die erhoffte Akzeptanzerhöhung militärischer Präsenz steht dabei im Vordergrund, das Militär befürchtet aber auch das Risiko einer Verwässerung des militärischen Mandats (*mission creep*).

Entwicklungspolitische und humanitäre Nichtregierungsorganisationen (NROs) haben sich über die in der Humanitären Hilfe angestoßene Debatte intensiv mit der Problematik des zivil-militärischen Verhältnisses auseinandergesetzt. Insbesondere europäische NROs lehnen im Hinblick auf die Grundsätze der Neutralität und Unparteilichkeit eine Kooperation mit militärischen Akteuren weitgehend ab und kritisie-

Internationale Unterschiede

Während in Deutschland die Entwicklungspolitik in der Vergangenheit ein vergleichsweise distanzierteres Verhältnis zur Sicherheitspolitik und zu militärischen Akteuren hatte, ist dieses Verhältnis bei einigen anderen Gebern enger. In den USA zeigt sich bei den aktuellen Beispielen Afghanistan und Irak, wie die Entwicklungspolitik eine unmittelbar unterstützende Rolle für militärstrategische Ziele übernimmt. Eine klare Aufgabentrennung zwischen Entwicklungspolitik und Militär ist zum Teil nicht mehr zu erkennen. Großbritannien gilt vielfach als Beispiel für ein innovatives Modell ressortübergreifenden Handelns, bei dem eine selbstbewusste Rolle der Entwicklungspolitik beibehalten oder sogar erweitert werden konnte. Dies gilt nicht zuletzt für den neuen Mechanismus der gemeinsamen Konfliktpräventions-Fonds (siehe Box „Fallbeispiele“).

ren eine Vermischung von militärischen und zivilen Aspekten.

Entwicklungspolitisch-militärische Schnittstellen

Die Schnittstellen und Überlappungen zwischen Entwicklungspolitik und Militär bzw. der Sicherheitspolitik haben in den letzten Jahren sprunghaft zugenommen. Sie lassen sich vier Kategorien zuordnen:

1. *Sicherheit und Stabilität als Rahmenbedingungen für Entwicklungspolitik*
Grundsätzlich sind für entwicklungspolitische Akteure in den meisten Post-Konflikt-Situationen die durch militärische Maßnahmen erreichte Stabilität und Sicherheit entscheidende Rahmenbedingungen für den Wiederaufbau. In aktuellen Konflikten kommt folgender Aspekt hinzu: Hilfsorganisationen werden als Vertreter internationalen Engagements zunehmend zu so genannten *soft targets* und zu direkten Zielscheiben für lokale Konfliktparteien. Dies spitzt sich beispielsweise in Afghanistan und im Irak durch die Vermischung militärischer und ziviler Aktivitäten durch internationale Konfliktparteien zu.
2. *Strategische Planung und Konzeption*
 - *Ressortübergreifende Zusammenarbeit und Mechanismen*: Sie dienen dem Informationsaustausch und der Entwicklung gemeinsamer Strategien der verschiedenen Politikbereiche. Das BMZ kann so etwa Einfluss auf übergreifende Konzepte der Regierung und die Gestaltung von Länderstrategien nehmen, wie z.B. bei der Gestaltung des Wiederaufbauteams in Kunduz und die Mandatierung der entsprechenden militärischen Komponente. Mechanismen der Zusammenarbeit sind u.a. der Bundessicherheitsrat, Ressortbesprechungen sowie besondere ressortübergreifende Kooperationen, z.B. die Abstimmung im Rahmen des deutschen Beitrags zum G8-Afrika-Aktionsplan (GAA).
 - *Zielgerichtete Einbindung und Unterordnung von Entwicklungspolitik in kurzfristige politische und militärische Strategien*: Hier geht es insbesondere um die weitreichende Nutzung von Instrumenten der Entwicklungspolitik, aber auch der Humanitären Hilfe, im Rahmen militärischen Vorgehens, z.B. bei *Provincial Reconstruction Teams* (PRTs) in Afghanistan.
3. *Finanzierung von nichtzivilen Maßnahmen und Einsätzen sowie von zivilen Aktivitäten, die vom Militär durchgeführt werden*
 - *Entwicklungspolitik finanziert nichtzivile Maßnahmen und Einsätze*: Verschiedene aktuelle Beispiele lassen sich von ihrem Charakter her als Grenzverschiebung

dessen bewerten, was Entwicklungspolitik traditionell praktiziert hat. Z.B. wurden aus bislang nicht ausgezahlten Mitteln des Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) 5 Mio. € zur Unterstützung des ECOWAS-Militäreinsatzes in Liberia zur Verfügung gestellt. Im November 2003 wurde beschlossen, eine *Peace Facility for Africa* einzurichten (zunächst 250 Mio. €), die aus EEF-Mitteln gespeist und zur Finanzierung von nichtzivilen Friedensmissionen in Afrika genutzt werden soll.

- *Entwicklungspolitik finanziert zivile Aktivitäten von Militär*: Zu nennen ist vor allem die BMZ-Unterstützung von CIMIC-Maßnahmen der Bundeswehr.
- *Militär konkurriert um EZ-Mittel*: Für die Durchführung von CIMIC-Maßnahmen tritt das Militär als Mitbewerber z.B. von NROs oder der GTZ bei der Vergabe von Mitteln im humanitären und entwicklungspolitischen Bereich auf.

Fallbeispiele zur Debatte über entwicklungspolitisch-militärische Schnittstellen

- *Integration von militärischen und entwicklungspolitischen Akteuren in Afghanistan*: Die Strategie zur Stabilisierung der Sicherheitslage und Beschleunigung des Wiederaufbaus in Afghanistan durch Wiederaufbau-teams ist ein besonders wichtiger Präzedenzfall. Die PRTs, insbesondere der USA, sind ein Beispiel für eine integrierte zivil-militärische „Einheit“, durch die Wiederaufbauaktivitäten unmittelbar in die militärische Strategie eingegliedert werden. Deutschland versucht, sich im Rahmen des Wiederaufbauteams in Kunduz durch ein Drei-Säulen-Konzept unabhängiger, aber koordinierter Bereiche (Entwicklungspolitik, Außenpolitik, Verteidigung) vom amerikanischen Modell bewusst abzusetzen.
- *Offensive Ressort-Kooperation in Großbritannien*: In Großbritannien wird seit einiger Zeit mit einem Kooperationsmodell gearbeitet, das strategische Zusammenarbeit der *Entwicklungspolitik* mit Militär vorsieht – einerseits innerhalb der Abteilung für Krisen, Konflikte und Humanitäre Hilfe im *Department for International Development* (DFID) und andererseits durch die Etablierung eines interministeriellen Strategie- und Finanzierungsinstrumentes für die konfliktbezogene Arbeit der Regierung im Ausland (*conflict prevention pools*).
- *Intensive Kooperation von Entwicklungspolitik und Militär auf europäischer Ebene*: Die raschen Entwicklungen auf europäischer Ebene sind für zukünftige entwicklungspolitisch-militärische Schnittstellen von besonderer Bedeutung. In der Europäischen Union zielen – aufbauend auf dem „Programm zur Verhütung gewaltvoller Konflikte“ (Göteborg 2001) – eine Reihe von Ansätzen darauf ab, die zivilen und militärischen Fähigkeiten und insbesondere ihre kombinierte Anwendung auszubauen. Im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) geht es darum, die gesamten EU-Außenbeziehungen, einschließlich der Entwicklungspolitik, systematisch zu verknüpfen. Von großer Bedeutung für die gesamten Außenbeziehungen ist vor allem die vom Rat im Dezember 2003 verabschiedete Europäische Sicherheitsstrategie (ESS).

4. Operatives Vorgehen

- *Ressortübergreifende Vorhaben*: Die Unterstützung des *Kofi Annan International Peacekeeping Training Centre* gilt als Pilotversuch für ein kohärentes und ressortübergreifendes Förderkonzept des Auswärtigen

Amtes (AA), des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg) und des BMZ.

Das Kofi Annan International Peacekeeping Training Centre

Das *Kofi Annan International Peacekeeping Training Centre* (KA IPTC) in Ghana wurde 1998 als regionales Ausbildungszentrum eingerichtet, u.a. um Ghanas Erfahrung bei Friedensmissionen für andere afrikanische Länder nutzbar zu machen. Das Trainingsprogramm umfasst beispielsweise Kurse zu militär-polizeilichen Aufgaben und zur Vorbereitung von Militärbeobachtern.

Deutschland unterstützt den Aufbau des KA IPTC mit verschiedenen Förderinstrumenten im Rahmen seines G8-Plans für Afrika:

- Aufbau eines Modell-Lehrgangs für den Einsatz von zivilen Kräften für *peacekeeping*, finanziert durch das BMZ und durchgeführt vom Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF); die Abwicklung erfolgt über die GTZ.
- Bau/Ausstattung des Zentrums mit Mitteln des AA, Durchführung dieser Maßnahmen durch das BMVg.
- Unterstützung des Lehrbetriebs durch Entsendung eines deutschen Lehrstaboffiziers für den Bereich der zivil-militärischen Kooperation sowie die Ausbildung von afrikanischem Lehrpersonal in Deutschland durch das BMVg und das AA.

- *Militär führt EZ-typische Maßnahmen durch*: Dies trifft z.B. im Rahmen von CIMIC zu (etwa im Bereich Berufsbildung).
- *Konkrete Schutzfunktionen für entwicklungspolitische Akteure und Maßnahmen durch Militär; Profitieren von einer verbesserten Sicherheitslage*: Vor Ort kann sich über die allgemeine Funktion des Militärs im Sicherheitsbereich hinaus eine konkrete Zusammenarbeit ergeben.
- *Kooperation bei Aus- und Fortbildung*: In verschiedenen Zusammenhängen erfolgt eine gegenseitige Einbeziehung bei Aus- und Fortbildungsveranstaltungen sowie Dialogforen, z.B. im Rahmen der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS), der Führungsakademie der Bundeswehr (FüAk) oder des ZMZ-Lehrgangs an der Akademie für Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ).

Schlussfolgerungen für eine entwicklungspolitische Positionsbestimmung

Entwicklungspolitik kann in Krisen und Post-Konflikt-Situationen – unter Beachtung der grundsätzlich begrenzten Möglichkeiten externer Akteure – wichtige und sinnvolle Kompetenzen einbringen, um bei Herausforderungen mitzuwirken, die von fragiler Sicherheit geprägt sind und bei denen es um die Wiederherstellung von effektiver Staatlichkeit sowie den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wiederaufbau in Nachkriegssituationen geht. Dies gilt umso mehr, da Friedensmissionen zunehmend komplex gestaltet sind. Dieser entwicklungspolitische Beitrag sollte allerdings sichtbarer werden.

Aufgrund ihrer Aufgabenstellung hat Entwicklungspolitik daher ein prinzipielles und strategisches Interesse an der Gestaltung von Schnittstellen mit anderen Politikbereichen. Eine Positionsbestimmung der Entwicklungspolitik im Hinblick darauf, welchen Charakter diese Gestaltung annehmen soll und kann, ist somit eine entscheidende Aufgabe.

Eine solche Positionsbestimmung muss vor dem Hintergrund folgender Überlegungen getroffen werden: Während verschiedene Berührungspunkte von Entwicklungspolitik und Militär im Sinne eines kohärenteren Handelns sinnvoll sind, lassen sich jedoch z.T. sensible Bereiche identifizieren, die

bei der Schnittstellengestaltung berücksichtigt werden müssen. Dies gilt für folgende Fälle:

- Entwicklungspolitik ordnet sich einer militärischen Logik unter,
- Militär führt Maßnahmen mit entwicklungspolitischem Charakter durch,
- Entwicklungspolitik finanziert militärische Einsätze,
- Entwicklungspolitik finanziert zivile Aktivitäten des Militärs.

Eine stärkere Verknüpfung mit militärischen Komponenten kann zudem grundlegende Prinzipien der Entwicklungspolitik berühren. Zwei Formen von Prinzipien können unterschieden werden: (1) Allgemeine Grundsätze (*ziviler Charakter* von Entwicklungspolitik und *do no harm*) und (2) entwicklungspolitische Prinzipien mit Wirkung auf operativer Ebene (v.a. *Nachhaltigkeit / Langfristigkeit* sowie *Partnerorientierung / ownership*). Ein enger Kontakt zwischen entwicklungspolitischen und militärischen Akteuren muss nicht generell zu einer Einschränkung der Prinzipien führen; drei Punkte sind dafür als Grundvoraussetzung von Bedeutung:

- Die Akzeptanz des Militärs durch lokale Bevölkerung und Konfliktparteien.
- Die Unabhängigkeit entwicklungspolitischer Handlungen von militärischen Akteuren.
- Klar umrissene, arbeitsteilige und zeitlich begrenzte Kooperation.

Handlungsmodelle und Empfehlungen

Grundsätzlich sind für die Entwicklungspolitik drei strategische Handlungsmodelle vorstellbar:

1. Eine *Distanzstrategie*, die die Unabhängigkeit der Entwicklungspolitik von sicherheits- und kurzfristigen außenpolitischen Zwängen betonen würde.
2. Eine *Kooperationsstrategie*, die durch eine engere Abstimmung und durch gemeinsames Vorgehen mit sicherheits- und außenpolitischen Akteuren charakterisiert wäre.
3. Eine *Komplementärstrategie*, bei der es darum gehen sollte, Zielübereinstimmungen der Politikbereiche festzuhalten und daraus in strategisch ausgewählten Bereichen ein ergänzendes kohärentes Vorgehen mit sicherheits- und außenpolitischen Akteuren zu identifizieren.

Nutzen und Sinn der Handlungsmodelle hängen von der jeweiligen Schnittstelle ab. Sie könnten sich an folgenden Linien orientieren:

1. Sicherheit und Stabilität als Rahmenbedingungen für Entwicklungspolitik: Komplementäre Strategien
2. Strategische Planung und Konzeption: Komplementäre bis kooperative Strategien
3. Finanzierung: Komplementäre Strategien
4. Operatives Vorgehen: Einzelfallabhängige Strategien

Für die deutsche Entwicklungspolitik gibt es vor diesem Hintergrund konkrete Ansatzpunkte für die weitere Gestaltung des entwicklungspolitisch-militärischen Verhältnisses:

- Die Bundesregierung sollte verstärkt gemeinsame Länder- und Regionalstrategien entwickeln;

- der routinemäßige Umgang und Dialog der Akteure sollte gefördert werden, z.B. durch die Abstellung von Verbindungspersonal (Liaison-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeitern) in den fachlich versierten Organisationseinheiten der anderen Ministerien und ein Modell entwicklungspolitischer Berater in CIMIC-Einheiten der Bundeswehr;
- es sollte einer Aufweichung der Meldekriterien für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit durch Einbeziehung beispielsweise nichtzivilier Maßnahmen entgegengetreten werden;
- Erfahrungen der operativen Ebene sollten stärker für strategische Überlegungen ausgewertet werden; deutsche CIMIC-Maßnahmen sollten z.B. hinsichtlich ihrer entwicklungspolitischen Wirkung einer systematischen Evaluierung unterzogen werden;
- die Sichtbarkeit entwicklungspolitischer Beiträge sollte erhöht werden;
- entwicklungspolitische Instrumentarien und Konzepte sollten stärker auf Krisen und Post-Konflikt-Situationen zugeschnitten bzw. im Hinblick darauf neu entwickelt werden.

Über Einzelfallregelungen hinaus besteht die Notwendigkeit, allgemeine strategische Eckpunkte zur Ausrichtung der Entwicklungspolitik in ihrem Verhältnis zu militärischen Akteuren zu definieren.



Dr. Stephan Klingebiel

*Leiter der Abteilung II
"Armutsorientierte Entwicklung, regionale Integration, Governance, regionaler Schwerpunkt: Subsahara-Afrika"*



Katja Roehder

z.Z. für das DIE tätig als freie Gutachterin im Bereich „Entwicklungspolitik und Krisenprävention / Konfliktmanagement“

Weiterführende Literatur:

Barry, Jane / Anna Jefferys (2002): A Bridge Too Far. Aid Agencies and the Military in Humanitarian Response, HPN Network Paper Nr. 37, ODI, London

Collier, Paul et al. (2003): Breaking the Conflict Trap. Civil War and Development Policy. A World Bank Policy Research Report, Washington, D.C.

Klingebiel, Stephan / Katja Roehder (2004): Entwicklungspolitisch-militärische Schnittstellen. Neue Herausforderungen in Krisen und Post-Konflikt-Situationen, DIE, Berichte und Gutachten 3/2004, Bonn

DEUTSCHES INSTITUT FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK®

GERMAN DEVELOPMENT INSTITUTE · INSTITUT ALLEMAND DE DEVELOPPEMENT
TULPENFELD 4 · D-53113 BONN · TELEFON 0228 94927-0 · FAX 0228 94927-130
die@die-gdi.de · www.die-gdi.de · ISSN 1434-8934